

THEOLOGISCH-PRAKTISCHE QUARTALSCHRIFT

103. JAHRGANG

1955

1. HEFT

Das Ringen um die christliche Demokratie in Österreich

Von Prof. DDr. Norbert Miko, Linz a. d. D.

Aus der österreichischen Geschichte der letzten hundert Jahre kann man die Demokratie nicht wegdenken und aus der Geschichte der österreichischen Demokratie nicht ihren christlichen Beitrag. Gute wie schlechte Folgen der demokratischen Entwicklung sind noch heute, nach so vielen Jahrzehnten, zu spüren. Beginnen wir mit den schlechten. Viele Gesetze, die nach 1867 geschaffen worden sind, sind noch heute nicht nur ein Dorn im Auge des katholischen Volkes Österreichs, sondern auch eine schwere innenpolitische Belastung des ganzen Staates. Warum? Weil der katholische Bevölkerungsteil durch das damals gültige Kurienwahlrecht von der Teilnahme am Verfassungsleben weitgehend ausgeschlossen war. Doch vergessen wir auch nicht das Positive! In Österreich herrscht heute politische Freiheit, im Gegensatz zu Ungarn, zur Tschechoslowakei, zu Polen, Jugoslawien und Rumänien. Denken aber auch alle daran, daß wir diese Freiheit nicht dem Jahre 1945 verdanken, sondern der demokratischen Entwicklung, die die österreichischen Alpenländer und Ober- und Niederösterreich, im Gegensatz zu Ungarn, Böhmen und Galizien, seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mitmachten? Aus dieser demokratischen Entwicklung ist der kirchliche Anteil nicht wegzudenken. Den Vogelsang, Liechtenstein, Lueger, Schindler, Scheicher, Ebenhoch, Hauser, Kunschak usw. verdanken wir die Freiheit nach 1945. Diese haben im katholischen Volk die Demokratie wachgerufen. Wo das nicht geschehen ist, wo in gewissen Gebieten der Monarchie die Demokratie durch die Kurzsichtigkeit mancher Mitglieder der Hocharistokratie und des meist aristokratischen Episkopates Sache der radikalen Linken geblieben ist, dort herrscht heute die Volksdemokratie.

Es kann darum nicht schaden, wenn wieder auf die Geschichte der christlichen Demokratie aufmerksam gemacht wird. Das ist der Zweck dieser Zeilen: ein Kapitel der österreichischen Geschichte, aber auch der Kirchengeschichte der Vergessenheit zu entreißen, das nicht nur höchst interessant ist, sondern auch zeigt, wie ernst vor sechzig Jahren das Ringen um eine christliche Demokratie genommen wurde. Es soll mit der Veröffentlichung dieser Zeilen vor allem auch einer Legende der Boden entzogen werden, als ob

die Kirche nur notgedrungen die Demokratie bejahte und in ihrem Herzen die Sehnsucht nach autoritären Regierungen wachhielt. Jeder, der die Entwicklung unvoreingenommen betrachtet, muß zugeben, daß sich die Kirche sehr ehrlich und ernsthaft mit den Problemen auseinandergesetzt hat und daß ihr die demokratische Entwicklung unseres österreichischen Vaterlandes nicht aufgezwungen wurde, sie vielmehr maßgebend an dieser Entwicklung beteiligt war.

Mancher würde den Kopf schütteln, wenn er Einblick in die vorhandenen Dokumente hätte. Sind diese Kampfhähne wirklich die verehrungswürdigen Männer, als die er sie bisher zu sehen gewohnt war? Daß in der Politik verschiedene Auffassungen herrschen können, weiß jeder, und daß auf politischem Gebiet auch Bischöfe gegenüber dem gewöhnlichen Klerus im Unrecht sein können, ist keine Minderung ihrer hohen Stellung. Wir müssen vor allen Achtung haben: vor den Prälaten und Kaplänen, die als Pioniere der christlichen Demokratie das Odium auf sich genommen haben, als halbe Rebellen angeschaut zu werden, und vor den Bischöfen, die demütig genug waren, sich von Leo XIII. in ihrer Haltung korrigieren zu lassen.

Diese Studie hat nicht die Absicht, eine abgerundete Geschichte der Entwicklung der christlichen Demokratie in Österreich zu geben, darüber sind verschiedene Arbeiten veröffentlicht¹⁾, sondern es ist die Absicht des Verfassers, jenen Höhepunkt im Ringen um die christliche Demokratie herauszugreifen, den das Jahr 1895 darstellt. Dank dem Entgegenkommen des Haus-, Hof- und Staatsarchives in Wien, des niederösterreichischen Statthaltereiarchives in Wien und des Fürstbischöflichen Archives in Brixen²⁾ ist es dem Verfasser möglich, ein objektives und authentisches Bild jenes dramatischen Ringens um die christliche Demokratie zu geben.

I. Die Anfänge der christlichen Demokratie in Österreich

Schon seit dem Jahre 1848, seit Sebastian Brunner, läßt sich in Österreich das Bestreben des Katholizismus feststellen, am öffentlichen Leben gestaltenden Anteil zu nehmen. Vor allem konnten die Katholiken nicht umhin, in die parteipolitische Arena hinauszusteigen, seit im Jahre 1867 in unserem Vaterlande der Absolutis-

¹⁾ Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik, Wien 1952; ders., Aufbruch zur christlichen Sozialreform, Wien 1953; Rudolf Kuppe, Karl Lueger und seine Zeit; N. Miko, Die Vereinigung der Christlichsozialen Reichspartei und des Katholisch-Konservativen Zentrums im Jahre 1907. Ungedruckte Dissertation, Wien 1949. Abgekürzt: Miko, Vereinigung. Dort auch Angabe der Literatur über die Konservative und Christlichsoziale Partei und zahlreiche Dokumente.

²⁾ Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Politisches Archiv, Faszikel XI, 261, Rome-Rapports, und Faszikel XI/162, Rome-Expeditions-Varia, abgekürzt: Staatsarchiv. — Niederösterreichisches Statthaltereiarchiv in Wien, Präsidialakten. — Fürstbischöfliches Archiv in Brixen, Faszikel: „Politisches“ und „Bruderstreit“.

mus endgültig beseitigt worden war und Wohl und Wehe der Kirche auf parlamentarischem Boden ausgefochten wurden. Doch waren die Katholiken anfangs gegenüber ihren Gegnern, den Liberalen, gewaltig im Hintertreffen. Die Liberalen hatten das Kapital, die Presse, die Sympathie der Zeit, die Intelligenz für sich; die Katholiken waren gezwungen, in der Verteidigung zu bleiben. Vor allem waren ihnen die Hände durch Rücksichten gegenüber dem Herrscherhaus und den feudalen Schichten gebunden.

Die katholische Bewegung trat zunächst als konservative Bewegung in Erscheinung, was natürlich ein ungeheures Hemmnis war. Denn was hieß Konservatismus? Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsform. War diese wert, erhalten zu bleiben? Wir sagen heute: nein. Weite Kreise des katholischen Volkes dachten auch damals so, die Führenden aber sahen in der feudalen Ordnung die gottgewollte Ordnung. Da das katholische Volk durch den Absolutismus politisch unmündig gehalten worden war und auch die führenden Kreise in der Kirche durch den bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts herrschenden Josephinismus pflichtgemäß so dachten wie die Regierung, ist es kein Wunder, daß nach 1867 in Österreich meist die Adeligen die Vertretung der katholischen Belange übernahmen. In den Alpenländern und in Ober- und Niederösterreich allerdings waren es bäuerliche Abgeordnete, die auf das Wirken der nach 1868 gegründeten Volksvereine hin gewählt worden waren³). Allein, diese katholisch-konservativen Abgeordneten waren im Reichsrat mit dem böhmischen und galizischen Großgrundbesitz zusammengespannt. Seit Graf Taaffe 1878 die Regierung übernommen hatte, bildete der sogenannte „Eiserne Ring“, geführt vom Grafen Hohenwart, der zur Zeit der Verurteilung Bischof Rudigiers Statthalter in Oberösterreich gewesen war, die parlamentarische Stütze der Regierung. In diesem Hohenwartklub waren die katholisch-konservativen Vertreter der heutigen österreichischen Länder, der böhmische Großgrundbesitz, die Polen und die Südslawen vertreten. Ein Wirken für die katholischen Belange war den katholischen Abgeordneten sehr erschwert, da sie ja viele Rücksichten auf die Regierung zu nehmen hatten. Die „leges abominabiles“, die die liberalen Kulturkampfregerungen erlassen hatten, konnten nicht mehr beseitigt werden; dazu hätten die Liberalen, die eine starke Opposition bildeten und nach wie vor Banken und Presse in ihrer Hand hatten, nie ja gesagt, aber auch die Konservativen nicht betont katholischer Richtung hatten kein Interesse daran. Allerdings konnten einige Erleichterungen erwirkt werden.

Diese Aschenbrödelstellung der katholisch Gesinnten erweckte große Unzufriedenheit im katholischen Volke und machte sich auf den Katholikentagen (1877 und 1889 in Wien) in Forderungen nach

³) Miko, Vereinigung, S. 6, Anm. 7.

größerer Aktivität der Katholiken im öffentlichen Leben bemerkbar. Ein anderer Grund zur Unzufriedenheit war die schlimme soziale Lage weiter Kreise in Österreich. Der Liberalismus hatte mit seiner rücksichtslosen Wirtschaftspolitik das Gewerbe, den Bauernstand und vor allem die Lohnarbeiter in eine verzweifelte Lage gebracht⁴). Man rief nach Abstellung dieser Übelstände; doch die regierenden Kreise zeigten auch hier wenig Verständnis, sie selbst waren ja außerhalb der Existenzbedrohung. So wurde auch vom sozialen Sektor her der Ruf nach Reformen und größerer Aktivität der Kirche und ihrer politischen Vertreter immer lauter.

Ende der Siebziger- und Anfang der Achtzigerjahre kam auf christlicher Seite von zwei Richtungen her der Wille zum Durchbruch, den Übelständen abzuhelpfen. Schon am 19. November 1881 trennte sich eine Gruppe katholisch-konservativer Abgeordneter, geschart um die Brüder Alfred und Aloys Liechtenstein, vom „Eisernen Ring“ und bildete das „Zentrum“. Diese Gruppe war sozial bewegt und stand unter dem Einflusse des Freiherrn von Vogelsang⁵). Den Bestrebungen dieser Gruppe sind die ersten Sozialgesetze in Österreich, die Gewerbeordnung von 1883 und die Arbeiterschutzgesetze zu verdanken. Unabhängig vom „Zentrum“, das sich übrigens nach einigen Jahren wieder mit den Konservativen Hohenwarts vereinigte, liefen die Bestrebungen, die in Wien ihren Ausgang nahmen und als ihren Initiator Dr. Karl Lueger⁶)

⁴) Als Beispiele seien angeführt: Die bauerliche Verschuldung nahm von 1870 bis 1880 um 490,750.000 Gulden zu, in der gleichen Zeit wurden in Österreich 74.725 bauerliche Anwesen zwangsversteigert. Der Bezirkshauptmann von Amstetten klagte, daß seine Beamten nicht ausreichten, um dem Dienst bei den ausgeschriebenen zwangsweisen Feilbietungen nachzukommen. Die Zinssätze betrugen 15 bis 36 Prozent. Funder, Aufbruch, S. 35 f. Das Gewerbe litt unter der 1859 erlassenen schrankenlosen Gewerbefreiheit. Die kleineren Betriebe schienen dem Untergange ausgeliefert. So gab es 1859 auf dem Schottenfeld in Wien (VII. Bezirk) 316 kleinere und mittlere Webereien, 1884 aber 18 kleine und 5 sehr große. Funder, Aufbruch, S. 37 f. Die Lohnarbeiter litten unter dem Fehlen jeglichen gesetzlichen Schutzes, unter unzulänglichen Löhnen und vor allem unter dem Wohnungselend in den Industriorten.

⁵) Karl Freiherr von Vogelsang wurde am 3. Oktober 1818 in Liegnitz geboren und starb am 8. November 1890 in Wien. 1850 konvertierte er und kam als Reisebegleiter des jungen Fürsten Johann von Liechtenstein mit Österreich in enge Beziehung. 1875 wurde er von Leo Kuhn in die Schriftleitung des „Vaterlandes“ berufen. In dieser Eigenschaft diente er der konservativen Sache; in seinen sozialpolitischen Anschauungen aber wich er von denen der konservativen Führer stark ab. Vogelsang war sozial-reformerisch eingestellt. Er gehört zu den Vorarbeitern zu Leos XIII. Arbeiterrundschreiben. Da er seinen Geldgebern, den Grafen Fr. Reverte, Julius Falkenhayn und Friedrich Schönborn, zu fortschrittlich gesinnt war, trennte er sich allmählich von der konservativen Richtung. Durch den Grafen Belcredi wurde er mit Ernst Schneider, durch diesen mit Dr. Albert Geßmann, durch diesen mit Lueger bekannt. Vogelsang ist der Vater der christlichsozialen Bewegung, in die Geßmann und Lueger erst eintraten, als sie schon bestand. Die Christlichsoziale Partei aber ist erst nach dem Tode Vogelsangs gegründet worden.

⁶) Karl Lueger wurde am 24. Oktober 1844 in Wien geboren, promovierte am 20. Jänner 1870 zum Dr. Juris der Wiener Universität. 1874 eröffnete er eine Rechtsanwaltskanzlei. 1875 anlässlich einer Ersatzwahl in den Wiener Gemeinderat gewählt,

hatten. Lueger kam vom liberalen Lager, wurde 1875 Wiener Gemeinderat und begann bald den Kampf gegen die Korruption, die sich in Wien breitgemacht hatte. Er war aus ganzem Herzen Demokrat und verfocht von Anfang an die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. In seinen Bestrebungen fand er Unterstützung bei den „Gewerblichen Reformern“, die den Schutz der kleinen Gewerbetreibenden gegenüber den hauptsächlich jüdischen Großbetrieben anstrebten, bei den Deutschnationalen, die mehr aus rassenantisemitischen Anschauungen gegen die vom Judentum geführten Liberalen standen, und bei den Leuten des „Christlich-sozialen Vereines“ des Dr. Psenner und des Kooperators Latschka, die von religiösen Gesichtspunkten aus das soziale Elend bekämpfen wollten. Auch die Wiener Katholisch-Konservativen, die seit Kardinal Rauscher schon eine aktivere Haltung eingenommen hatten, standen Lueger nahe. Alle diese Gruppen waren unzufrieden mit dem Liberalismus, aber es fehlte ihnen die gemeinsame Basis, sie waren zuerst nichts als Antiliberaler, und es war schon viel, als sie 1887 auf Dr. Scheichers Wirken hin als „Vereinigte Christen“ auftraten. Sie kamen seit 1888 in Verbindung mit Vogelsang und seinen sozialen Abenden bei Melanie Zichy-Metternich. Seit 1889 wurden regelmäßige Zusammenkünfte im Hotel „Ente“ in Wien abgehalten unter der Leitung des Univ.-Prof. Dr. Franz M. Schindler⁷⁾.

Erst allmählich begann sich ein klares Programm herauszubilden, und es wurden die inhomogenen Gruppen zusammengeschweißt. Die Vertreter des Rassenantisemitismus und des Antiklerikalismus wanderten von selbst zu Schönerer oder zu den Liberalen ab. Was übrig blieb, war eine sozial-fortschrittliche, auf christlicher Grundlage stehende Gruppe, die eine echte Demokratisierung des öffentlichen Lebens anstrebte und auch gewillt war, sich ihre Daseinsberechtigung zu erkämpfen. Der frische Wind machte sich auch bald bemerkbar. Der Liberalismus, die Juden und die herrschenden Schichten in Ungarn schrien auf, die katholischen Massen begannen, für die „schärfere Tonart“ Interesse zu bekunden. Das konnte man besonders auf dem Linzer Katholikentag 1892 wahrnehmen⁸⁾. Immer wieder wurde der Ruf nach größerer Aktivität der Katholiken laut und die Forderung nach einer echt katholischen Presse, die keine Rücksicht auf Regierungskreise und sozial gesättigte Stände zu üben hätte.

Nun kam es auch zu jener Auseinandersetzung, die das katho-

gehörte er diesem bis auf eine kurze Unterbrechung bis zu seinem Lebensende an. 1885 wurde er als Demokrat in den Reichsrat gewählt. 1888 Anschluß an die christlichsoziale Bewegung Vogelsangs. 1895 Wahl zum Bürgermeister von Wien, Bestätigung durch den Kaiser erst 1897. Gestorben am 10. März 1910 in Wien.

⁷⁾ Über Schindler siehe vor allem Funder, Aufbruch.

⁸⁾ Darüber bei Funder, Vom Gestern ins Heute, S. 312 f. In Linz wurde aus Unzufriedenheit mit der Haltung des konservativen „Vaterlandes“ beschlossen, eine unabhängige christliche Tageszeitung, die „Reichspost“, zu gründen. Der Beschluß wurde schon 1893 verwirklicht.

lische Lager für 15 Jahre aufspaltete, zum Kampf zwischen Konservativen und Christlichsozialen. Es ging bei dieser Auseinandersetzung um mehr als nur um ein Generationenproblem. Freilich war es auch so, daß die ältere Generation mehr konservativ, die jüngere christlichsozial dachte. Aber das war nur eine Komponente. Wichtiger war: die Konservativen vertraten ihrer sozialen Herkunft nach feudale oder zumindest bäuerliche Interessen, die Christlichsozialen aber den „kleinen Mann“, besonders den Gewerbetreibenden und den Lohnarbeiter. Die Konservativen waren für den Länderföderalismus, für die Herstellung des böhmischen Staatsrechts, die Christlichsozialen für die nationale Gleichberechtigung aller Völker des Reiches bei zentralistischer Staatsführung, der auch die ungarische Reichshälfte untergeben sein sollte; die Konservativen für die Führung durch den Episkopat, die Christlichsozialen für die Freiheit in politischen Dingen; die Konservativen für die Beibehaltung des Kurienwahlrechts, das die Bevölkerung in politisch bevorzugte und benachteiligte Schichten teilte, die Christlichsozialen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Man könnte die Reihe der Gegensätze noch fortsetzen. Die Konservativen warfen den Christlichsozialen den Mangel an wirklichem Christentum vor, die Christlichsozialen den Konservativen das Versagen im Kampfe um die Rechte des Christentums aus lauter Rücksicht auf die Regierung. Tatsache war, daß die Christlichsozialen in ihrer Propaganda sich reißerischer Methoden bedienten und erst allmählich, besonders durch das programmatische Wirken Schindlers und das seelsorgliche P. Abels⁹⁾, auf den Boden eines echten Christentums kamen. Tatsache ist aber auch, daß die Konservativen am Ende ihres Lateins standen und ihren Einfluß nur mehr mit Hilfe des Kurienwahlrechtes, der Autorität der Bischöfe und des Kaisers aufrechterhalten konnten¹⁰⁾. Immer mehr

⁹⁾ P. Heinrich Abel S. J. wurde am 15. Dezember 1843 in Passau geboren. Sein Vater war freimaurerischer Oberzolldirektor gewesen, die Mutter war 1840 konvertiert. Im Noviziat war er zusammen mit Dr. Scheicher. 1879 wurde er Professor in Kalksburg. Von 1891 an wirkte er in Wien, hauptsächlich durch seine Männerpredigten in der Augustinerkirche, durch seine Männerwallfahrten nach Mariazell und durch seine Männerkongregationen. Seine Forderungen an die Männerwelt beschränkte er auf Osterbeichte, Sonntagsmesse und Freitagsfasten. Lueger sagte von ihm: „Ich mache die Männer christlich, katholisch muß sie P. Abel machen“. Auch sozial betätigte er sich. 1891 gründete er zusammen mit Baron Vittinghof-Schell und Baron Dalberg den Verein der berufsgenossenschaftlichen Handwerker.

¹⁰⁾ Scheicher gibt für diese Zeit folgende Charakterisierung: „Die alten, gemütlichen patriarchalischen Zeiten, in welchen die Massen des Volkes sich willig leiten ließen und keinen Anspruch erhoben, in der Regierung mitzureden, waren vorüber. Der Klerus und die sogenannten Konservativen lebten in der schweren Täuschung, daß die alte Zeit wieder kommen werde. Sie verbrauchten ihre Kräfte im Streben darnach... Taaffe, der sein Ministerium länger zu halten wußte als viele andere vor und nach ihm, bezeichnete selbst seine Politik als Politik des Fortwurstelns... Die christlichen Demokraten litten am meisten unter dieser Politik. Die alten Konservativen fügten sich mit Resignation und zogen sich ins politische Stilleben zurück. Sie waren nicht eben untätig, allein sie konnten nur jenen katholisch-bäuerlichen

drangen die Christlichsozialen vor, und die Konservativen mußten sich auch in Hochburgen wie in Tirol ihrer Haut wehren. Um die Mitte der Neunzigerjahre nun kam es zum entscheidenden Ringen, als man von Rom eine Klärung forderte.

II. Die Intervention der Regierung und des Episkopates in Rom

Anfang 1895 begaben sich Prinz Aloys Liechtenstein und Dr. Geßmann nach Oberösterreich, um das Land dem christlich-sozialen Gedanken zu erschließen. Sie sandten ein Telegramm nach Rom mit der Bitte um den päpstlichen Segen. Sie erhielten ihn, ebenso wie die „Reichspost“. Das wurde von den Christlichsozialen natürlich propagandistisch ausgenützt und mußte im katholischen Lager verwirrend wirken. Deswegen wandten sich die Bischöfe an den Nuntius; der aber riet zu einem Zuwarten, weil der Papst gerade an einem Schreiben an die belgischen Bischöfe in einer ähnlichen Angelegenheit arbeitete. In konservativen Kreisen wurde das als Hinhaltetaktik aufgefaßt. Bischof Doppelbauer von Linz schrieb daher einen Brief nach Rom, der nach einer Mitteilung des Botschafters beim Hl. Stuhl, Revertera, an den Außenminister Kálnoky tiefen Eindruck machte¹¹⁾.

Bei einer Bischofskonferenz in Wien Anfang 1895 wurde der Beschluß gefaßt, Kardinal Schönborn von Prag, Bischof Bauer von Brünn und P. A. M. Weiß O.P. sollten direkt mit Rom verhandeln, um ein Verbot der Christlichsozialen zu erreichen¹²⁾. Gleichzeitig sandte die österreichische Regierung ein Memorandum nach Rom, in dem die Minierarbeit der Christlichsozialen angeprangert wurde¹³⁾. Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Hl. Stuhl, Graf Fr. Revertera, ließ aber den Bischöfen den Vortritt, damit die Sache ein rein kirchliches Aussehen hätte und nicht wieder an Kardinal Rampolla, der als Freund der Christlichsozialen bekannt war, zur Entscheidung abgetreten würde. Der Papst berief für den 14. März eine Kardinalskommission zusammen, der die Kardinäle Vannutelli, Galimberti und Steinhuber angehörten. Rampolla führte den Vorsitz, Msgr. Cavagnis war Protokollführer. Alle Gravamina der Bischöfe gegen die Christlichsozialen wurden dieser Kommission vorgelegt, doch lautete der Bericht, der von Rampolla

Volksteil bei sich in der Organisation festhalten, der gerne dort bleiben wollte. Wir fühlten uns als eine lebenskräftige Partei der Zukunft. Wir zogen aus der Verfassung die natürliche logische Konsequenz der Demokratisierung, wir proklamierten offen unseren Willen, die Regierung in unsere, d. h. demokratische Hand zu nehmen und dann so zu verwalten und zu regieren, daß die arbeitenden Stände die Vorteile des Staatslebens genießen konnten. Den Feudalen war dies unsympathisch. Bisher hatte nur der Adel regiert. Wenn ein bürgerlicher weißer Spatz beim Hofrat oder der Exzellenz landete, so waren da stets besondere Gründe dafür vorhanden: Man brauchte eine Arbeitskraft“. Erlebnisse und Erinnerungen IV, (1), S. 212/214.

¹¹⁾ Staatsarchiv, XI/261, Rome-Rapports, 87/96.

¹²⁾ Staatsarchiv, XI/262, Rome-Expeditions, 17/20.

¹³⁾ Siehe Dokumentenanhang.

vor die Kommission gebracht wurde, günstig für die Christlichsozialen. Auch Kardinal Steinhuber nahm sie in Schutz¹⁴⁾. Selbstverständlich ließen die Christlichsozialen sowohl in Rom wie in Wien nichts unversucht, um den Schlag abzuwehren¹⁵⁾. Am 24. Februar 1895 verfaßten Prinz Aloys Liechtenstein und Dr. Schindler eine „Programmatische Erklärung der christlichsozialen Partei in Österreich“. Armeebischof Belopotzki überreichte sie persönlich in Rom.

Diese Erklärungen sowie die Gewogenheit Rampollas bewirkten, daß sich die Kommission für ein Abwarten aussprach. Das einzige, was erreicht wurde, war, daß der Nuntius Agliardi aufgefordert wurde, von den Christlichsozialen eine Gehorsamserklärung gegen Papst und Bischöfe sowie ein Abrücken von den Rassenantisemiten zu verlangen¹⁶⁾. Das geschah in einer Massenversammlung im Wiener Musikvereinssaal, in der die christlichsozialen Reichsratsabgeordneten Dr. Lueger, Prinz Aloys Liechtenstein, Dr. Geßmann, Dr. Pattai, Schlesinger, Schneider, Dr. Scheicher, Jaks und Ritter von Troll die vom Papste gewünschte Erklärung abgaben. Damit hatte die Christlichsoziale Partei gesiegt. Sie erfreute sich weiterhin größter Sympathien in Rom¹⁷⁾. Auch alle Versuche, die später von Tirol aus über den Münchner Nuntius Frühwirth unternommen wurden, blieben erfolglos. Die Kurie hat mit diesem Verhalten zu verstehen gegeben, daß sie die Angelegenheit für rein politisch ansah, und daß infolgedessen die Katholiken volle Freiheit hätten, wem sie sich anschließen wollten. Ja, streng genommen, war die Christlichsoziale Partei im Vorteil, weil sie, als von der Regierung unabhängig, nicht im Geruche des Josephinismus stand, den Leo XIII. den österreichischen Bischöfen vorgeworfen hatte. So kann man ruhig sagen, daß die Christlichsoziale Partei erst nach der günstigen Erledigung der Anklage in Rom in ihrem Bestande gesichert war. Damit war aber mehr erreicht. Denn weite Kreise im konservativen Lager der Alpenländer warteten darauf, ruhigen Gewissens mit Lueger sympathisieren zu können. So wurde dieses Ereignis, das die Entwicklung der Wiener und niederösterreichischen Christlichsozialen Partei zu einem Abschlusse brachte, gleichzeitig zur Keimzelle der künftigen Christlichsozialen Reichspartei.

III. Die Klärung des Verhältnisses zwischen Konservativen und Christlichsozialen

In die Zeit der Stellungnahme des römischen Stuhles zugunsten der Christlichsozialen fällt auch deren gewaltiger Sieg bei den

¹⁴⁾ Staatsarchiv, XI/261, Rome-Rapports, 170/175.

¹⁵⁾ Funder, Aufbruch, S. 101 ff; ders., Vom Gestern ins Heute, S. 142 ff.

¹⁶⁾ Staatsarchiv, XI/261, Rome-Rapports, 190/195 u. 198/205; XI/262, Rome-Expeditions, 34/37.

¹⁷⁾ Staatsarchiv, XI/261, Rome-Rapports, 459/464.

Wiener Gemeinderatswahlen, die Wahl Luegers zum Bürgermeister von Wien und seine Nichtbestätigung durch Kaiser Franz Josef¹⁸⁾. Das erregte bis tief in konservative Kreise hinein die katholische Bevölkerung. Unter der Leitung des Tiroler Abgeordneten Di Pauli und des Führers der oberösterreichischen Konservativen, Dr. Ebenhoch, traten die meisten konservativen Abgeordneten aus dem Hohenwart-Klub aus und bildeten eine „Katholisch-Konservative Volkspartei“. Ein Anschluß dieser Gruppe an die Christlichsozialen schien damals nahe. Doch kam es aus verschiedenen Gründen noch nicht dazu. Der wichtigste war die Stellungnahme der Christlichsozialen gegen die Sprachenverordnungen Badenis, während die Katholisch-Konservativen auf Seite der Regierung standen, weil sie ein Entgegenkommen in der Schulfrage erhofften, worin sie sich allerdings täuschten. Durch zwölf Jahre standen sich die beiden christlichen Lager nun gegenüber, bald in friedlichem Vorgehen, wenn es um christliche Belange ging, bald in hitzigem Streit, wenn es sich um soziale und politische Fragen handelte. Der Streit wurde besonders in Tirol mit größter Erbitterung ausgefochten¹⁹⁾.

Im Jahre 1906 wurde im Reichsrat die Vorlage der Wahlrechtsreform eingebracht. Nun konnte man einer Vereinigung nicht mehr aus dem Wege gehen. Zwar trennten sich auch hier die Ansichten. Der radikalkonservative Flügel war gegen das allgemeine Wahlrecht, während die Christlichsozialen begeisterte Anhänger waren. Dr. Geßmann, der „Generalstabschef“ Luegers, war sogar der Referent im Wahlrechtsausschuß. Die oberösterreichischen Konservativen unter Führung Dr. Ebenhochs waren auch für die Reform, die übrigen Konservativen enthielten sich der Stimme. Auf Grund des allgemeinen Wahlrechts war den kleinen politischen Bewegungen, die infolge von Vorrechten bisher Einfluß im politischen Leben gehabt hatten, die Existenzmöglichkeit entzogen. Nur mehr die Massen konnten Einfluß haben. Das war ein Wink für die Konservativen, einzulenken. Aber auch die Christlichsozialen mußten seit einiger Zeit ein Nachlassen ihrer Durchschlagskraft spüren; die national-liberalen Gruppen und die Sozialdemokraten hielten immer zusammen, wenn es gegen die Christlichsozialen ging. Was lag näher, als daß sich jetzt die beiden bisher

¹⁸⁾ Im April und Mai 1895 erreichten die „Vereinigten Christen“ 70 von 135 Gemeinderatsmandaten, bei der Neuwahl im September aber 92 Mandate. Trotzdem versagte der Kaiser zweimal der Wahl Luegers zum Bürgermeister seine Bestätigung. Hinter diesem Entschlusse standen Ministerpräsident Graf Badeni als Exponent der Feudalen, der ungarische Ministerpräsident Graf Banffy, die Juden und die Liberalen. Wieder wurde der Gemeinderat aufgelöst und im November 1895 zum dritten Male gewählt. Die „Vereinigten Christen“ erhielten jetzt 96 von 135 Mandaten. Wieder wurde Lueger zum Bürgermeister gewählt, worauf der Kaiser den Volksmann in Audienz empfing und ihn bat, „dermalen“ freiwillig auf die Wahl zu verzichten, was Lueger auch tat. Dazu auch Funder, Vom Gestern ins Heute, S. 150 ff.

¹⁹⁾ Dazu u. a. Funder, Vom Gestern ins Heute, S. 211; Miko, Vereinigung, S. 32/58.

oft feindlichen Brüder zusammenfanden? Nach den Wahlen im Mai 1907, als die Christlichsozialen mit 66, das katholisch-konservative Zentrum aber mit 30 Abgeordneten in den Reichsrat einzogen, kam es im Juni 1907 zur Vereinigung der beiden Gruppen unter Beibehaltung einer eigenen Landesorganisation der Konservativen²⁰). Damit hatte das Ringen innerhalb des österreichischen Katholizismus um die christliche Demokratie ein Ende gefunden. Zwar gab es noch Krisen in einzelnen Kronländern, aber das waren verspätete Donner des vorübergegangenen Gewitters.

Fragen wir nach dem Ergebnis des Ringens der christlichen Demokratie in den eigenen Reihen und der Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt, so können wir feststellen, daß der österreichische Katholizismus, der seit der Zeit der Glaubensspaltung unter dem Schutze und manchmal auch unter der Bevormundung des Hauses Habsburg stand, gerade in dem Augenblicke durch die christliche Demokratie befähigt wurde, seine Angelegenheiten selbst zu besorgen, als die Monarchie zugrunde ging. Unvorstellbar, daß die Kirche des Jahres 1848 die Stürme des Jahres 1918 ausgehalten hätte! Hat sich etwa die französische Kirche je von den Schlägen des Jahres 1789 erholt? Schon die Mündigmachung breiter katholischer Volksmassen ist das Ringen wert gewesen. Es ist aber in Wirklichkeit viel, viel mehr geschehen. Daß der Bauernstand, daß das Kleingewerbe vor der totalen Vernichtung gerettet wurden, ja durch die Organisation der Genossenschaften und der Innungen wieder zu wirtschaftlicher Blüte und politischem Einfluß kamen, das verdanken sie einzig und allein der christlichen Demokratie, denn weder die Liberalen noch die Sozialdemokraten haben einen Finger für Bauern und Kleingewerbetreibende gerührt. Was die Arbeiterschaft betrifft, so hat sich schon vor dem Sozialismus der Gesellenvereinsgedanke Kolpings in Österreich ausgebreitet, und die ersten Arbeiterschutzgesetze sind nicht von Sozialdemokraten, sondern von der katholischen Sozialbewegung errungen worden. Daß alle, auch die ärmsten Österreicher die gleichen politischen Rechte wie ihre bessergestellten Mitbürger erhielten, darum hat die christliche Demokratie Luegerscher Prägung seit der Mitte der Siebzigerjahre gerungen, seit der Zeit also, als auch der Sozialismus mit dieser Forderung auftrat. Um es noch einmal zu sagen: das moderne Österreich mit seinen sozialen und demokratischen Errungenschaften ist ohne christliche Demokratie nicht zu denken.

²⁰) Am 1. Juni 1907 beschloß das katholisch-konservative Zentrum den Beitritt zum christlichsozialen Reichsratsklub, am 10. Juni nahmen die Christlichsozialen den Beitritt an, am 17. Juni trat die neue „Christlichsoziale Vereinigung“ im neuen Rathaus zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Am 16. Juli konnte P. Abel anläßlich einer großen Männerwallfahrt nach Mariazell vor vielen Tausenden erklären: „Die Tatsache kann nicht hinweggeleugnet werden, gegen alle Erwartungen ist die Einheit im christlichen Lager gekommen und diejenigen, welche diese Einheit stören, werden nicht mehr aufkommen gegen dieses mächtige christliche Volk...“ Miko, Vereinigung, S. 73 ff.

Anhang: Dokumente

I

Bericht der k. k. Polizeidirektion Wien an den niederösterreichischen Statthalter Grafen Kielmannsegg. (Niederösterreichisches Statthaltereiarhiv, Präsidialakten B 2 ad 6847[6967] 1895.)

Ich beehre mich, über die persönlichen Verhältnisse, das Vorleben und die bisherige politische Stellung des Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Dr. Carl Lueger nachstehendes ergebenst zu berichten:

Dr. Carl Lueger ist am 24. Oktober 1844 als Sohn des bereits verstorbenen Kabinettsaufsehers und nachmaligen Tabaktrafikanten gleichen Namens zu Wien geboren und zuständig, katholisch, ledig und wohnt seit 8. April 1892 im V. Bezirk, Wienstraße Nr. 57, mit zwei Schwestern im Alter von 48 und 46 Jahren gegen einen Jahreszins von 300 fl.

Seine Advokaturskanzlei befindet sich im III. Bezirk, Hauptstraße Nr. 21. In Baden besitzt er ein Landhaus, welches er während der Sommermonate bewohnt.

Dr. Lueger ist bisher unbescholten, besitzt kein besonderes Vermögen, lebt in geordneten Verhältnissen und erfreut sich rücksichtlich seines Privatlebens eines guten Rufes. Er steht bereits seit einer Reihe von Jahren im politischen Leben. Zuerst 1875 durch Anempfehlung seitens der bestandenen Mittelpartei in den Wiener Gemeinderat gewählt, schloß er sich bald der Partei der „Vereinigten Linken“ an, welche sich später als sogenannte „Fortschritts- und Wirtschaftspartei“ proklamierte und sich durch ihre oppositionelle Haltung gegen den früheren Bürgermeister Doktor Cajetan Felder bemerkbar gemacht hat. Er wandte sich sodann der demokratischen Partei zu und wurde später mit dem bekannten gewesenen Gemeinderat Dr. Mandl Führer der sogenannten Mandlianer, einer terroristisch auftretenden Partei, der man wiederholt notorisch unbegründete Verdächtigungen zur Last gelegt hat.

In dieser Partei zeigten sich in Wien die ersten Keime des Antisemitismus, welchem sich Dr. Lueger anfänglich nur zögernd, schließlich aber immer entschiedener zuwandte. Zunächst waren bloß sozialreformerische Ideen in den Vordergrund gestellt worden, und dem antisemitischen Programm nur enge Grenzen gezogen; nach und nach bildete sich eine antisemitische Partei heran, welcher Dr. Lueger im Verein mit dem Prinzen Aloys Liechtenstein und anderen einen „christlichsozialen“, „katholischen“ und schließlich „klerikalen“ Anstrich zu geben wußte.

Die klerikalen Bestrebungen, welche sich in der Partei eine Zeitlang deutlich bemerkbar machten, trugen eine eigentümliche Färbung, indem sie sich mehr von dem niederen Klerus beeinflußt zeigten und nicht selten eine gegen die episkopale Gewalt gerichtete bedenkliche Stellungnahme zur Schau trugen. Die klerikale Strömung in der Partei ist jetzt vor den Gemeinderatswahlen in den Hintergrund getreten, um die der katholischen Kirche feindlich gegenüberstehenden Deutsch-nationalen im Wahlkampf als Bundesgenossen zu erhalten.

Der Grundzug der von Dr. Lueger und dem Prinzen Liechtenstein geleiteten antisemitischen Partei ist vorläufig der christlichsoziale geblieben, welcher neben seinen auf Änderung der bestehenden sozialen Verhältnisse im Sinne der Lehren und Einrichtungen des Christentums abzielenden Tendenzen vor allem Intoleranz und eine feindselige Richtung gegen das Judentum propagiert. Die Christlichsozialen gaben sich seit einiger Zeit aus leicht erkennbaren Absichten in ihren öffentlichen Kundgebungen ostentativ als Patrioten und betonten bei den verschiedensten Anlässen ihre unbedingte Anhängigkeit und Treue gegen die allerhöchste Dynastie.

Trotzdem muß ein Teil ihres Programmes sowie die Art ihrer Agitation aus staatlichen Rücksichten das größte Bedenken hervorrufen; denn auch die christlich-soziale Partei appelliert, wie z. B. die sozialdemokratische Partei, an die rohen Instinkte der niederen Klassen und arbeitet in gefährlicher Weise an der Verhetzung und Erregung des Volkes mit. In dem bevorstehenden Wahlkampfe in den Wiener Gemeinderat ist die Partei auf das eifrigste bemüht, die Majorität zu erringen, um ihren Führer Dr. Lueger zum Bürgermeister von Wien erheben zu können.

Hiedurch würde diese Partei, welche, wie aus den Wahlergebnissen der letzten Jahre hervorgeht, im Wachsen begriffen ist, nur noch rascher gefestigt werden, im

öffentlichen Leben noch mehr Einfluß gewinnen und hier in Hinkunft die bedenklichsten Erscheinungen zeitigen.

Dr. Lueger, welcher vom Gemeinderat zum Stadtrat und heuer zum Vizebürgermeister und Bürgermeister gewählt worden ist, hat im Reichsrat, welchem er seit 1885 angehört, und im n.-ö. Landtag, in welchen er 1890 entsandt worden ist, gleichfalls eine prononciert antisemitische Haltung eingenommen und trat in diesen Vertretungskörpern wiederholt in schärfster Weise auch gegen die Regierung und ihre berufenen Vertreter in Opposition. Seine vehementen, oft zügellosen Angriffe in dieser Richtung sind zur Genüge bekannt.

Bei diesen Anlässen muß auf die des öfteren beobachtete Eigenart Dr. Luegers und seiner Partei hingewiesen werden, zu besonders prononcierten Reden oder antisemitischen Debatten auf die Galerien der Vertretungskörper eine aus fragwürdigen Elementen zusammengesetzte Menge zu dirigieren, welche die Ausfälle ihres Führers nicht selten zur Herbeiführung tumultuarischer Szenen benützt hat.

Auch die häufig kundgegebene feindselige Stellung Luegers gegen Ungarn muß hier hervorgehoben werden, zumal es nicht an ungarischen Pressestimmen gefehlt hat, welche in der Erhebung Luegers zum Bürgermeister von Wien einen feindseligen Akt gegen Ungarn, ja eine Gefahr für den Dualismus erblicken wollen.

Dr. Lueger zählt zu den rührigsten und unermüdlichsten Agitatoren Wiens. Er ist ein gewandter Volksredner und genießt in den mittleren und kleineren bürgerlichen Kreisen eine große Popularität. Durch Versprechungen von Reformen auf gewerblichem Gebiet, von Vergebung kommunaler Arbeiten an christliche Geschäftsleute und dergleichen weiß er den christlichen Bürgerstand und die kleinen Gewerbetreibenden, durch Versprechungen von Gehaltsaufbesserungen und dergleichen die kleinen Beamten für sich und seine Partei zu gewinnen.

Seine Sprache, sein öffentliches Auftreten in Volksversammlungen, welche er nicht selten in Vorstadtlokalen minderer Kategorie hält, trägt einen entschieden demagogischen Charakter, und sind seine vehementen Ausfälle gegen das Judentum, gegen die staatliche Autorität, gegen Ungarn und seine Regierung oft maßlos und im Interesse des staatlichen Wohles höchst bedauerlich.

Wie sehr Dr. Lueger bemüht ist, auch in den unteren Volksschichten Popularität zu erringen, zeigt auch sein Verhalten gegenüber der Arbeiterpartei. Bei verschiedenen Gelegenheiten fand er für die sozialdemokratische Partei sehr warme Töne und hat wiederholt selbst oder durch seine Organe Versuche unternommen, die Sozialdemokraten seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die konziliante Haltung gegen die sozialdemokratische Partei trat besonders auffällig hervor, als er als Vizebürgermeister von Wien die Geschäfte des Bürgermeisters, also auch staatliche Agenden, führte...

Die agitatorische Tätigkeit Dr. Luegers, seine Arbeiten für die verschiedenen Vertretungskörper lassen ihm nur wenig Zeit, sich mit seinen eigentlichen Berufsgeschäften zu befassen. Er ist aus diesem Grunde als Advokat auch nur selten hervorgetreten.

Bemerkt wird, daß er seinerzeit anläßlich seiner Vertretung des falliten Spar- und Vorschußvereines in Fünfhaus in der Presse insbesondere durch Alexander Scharf wegen seines angeblich rücksichtslosen Vorgehens bei Durchführung von Exekutionen in der heftigsten Weise angegriffen worden ist und daß ihm seit dieser Zeit die Spottnamen „Herrgottspfänder“, „Beuschelreißer“ und ähnliche beigelegt worden sind. Gegen Alexander Scharf hatte er infolge der erwähnten Angriffe einen Presseprozeß angestrengt, welcher mit der Verurteilung Scharfs geendet hat.

Im Jahre 1881 wurde Dr. Carl Lueger das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens verliehen. Er hatte sich damals als Mitglied der gemeinderätlichen Festkommission anläßlich der Vermählungsfeierlichkeiten weiland Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen Rudolf verdient gemacht.

Wien, am 7. August 1895.

Stejokal m. p.

II

Abschrift einer streng vertraulichen Depesche des österreichisch-ungarischen Außenministeriums an Grafen Reverte in Rom, de dato Wien, am 2. Februar 1895. Z. 21. (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, polit. Archiv, XI/262, Rome-Expeditions-Varia, 7/12.)

Euer Exzellenz ist das bedenkliche Treiben der sogenannten christlichsozialen Partei bekannt und haben Sie auch bei Ihrer letzten Anwesenheit Gelegenheit gehabt, mit dem k. k. Ministerpräsidenten über die bedenkliche Unterstützung zu sprechen, welche damals von Seiten des Hl. Stuhles dem von den Herren Lueger und Prinz Aloys Liechtenstein zusammengerufenen Niederösterreichischen Katholikentag durch besondere Erteilung des päpstlichen Segens erteilt wurde. Damals konnte der päpstliche Nuntius seine Abwesenheit von Wien geltend machen und jede persönliche Verantwortung für diesen Mißgriff ablehnen, als sowohl Fürst Windischgrätz, wie ich ihm hierüber das Bedauern aussprachen, und ihn dringend ersuchten, aufklärend über die Ziele der „Christlichsozialen“ und deren, jede Autorität untergrabende Tätigkeit nach Rom zu berichten.

Eure Exzellenz haben selbst Gelegenheit dort gehabt, in diesem Sinne zu wirken.

Umso mehr mußte nun die Haltung des Hl. Stuhles bei uns Befremden erregen, als kürzlich die Führer der Sozialen in der Lage waren, mit dem Segen des Hl. Vaters ausgerüstet, ihre Agitation nach Linz zu unternehmen, obwohl Bischof Doppelbauer sich dieses gegen seine Autorität gerichtete Unternehmen verboten hatte. — Und als zugleich die berüchtigte „Reichspost“, das Organ der Verhetzung gegen das Episkopat, ebenfalls durch die Erteilung des päpstlichen Segens ausgezeichnet wurde, trotzdem derselbe Bischof sich veranlaßt gesehen hatte, diesem gefährlichen Blatt den Eingang in sein Priesterseminar zu untersagen.

Ich habe nicht verfehlt, den päpstlichen Nuntius sofort über diese große aufsehenerregende Unterstützung zur Rede zu stellen, welche von der höchsten kirchlichen Seite einer agitatorischen Partei gewährt werde, deren politischen und sozialen Ziele gegen die kirchliche und staatliche Ordnung gerichtet sind und daher von allen staatserhaltenden Elementen gefürchtet und bekämpft werden — ein Kampf aber, der gerade den katholischen und konservativen Elementen besonders schwierig gemacht wird, wenn der Hl. Stuhl für die Herren Lueger und Liechtenstein Partei ergreift und deren Hetzorgan mit dem päpstlichen Segen auszeichnet und ermuntert.

Der päpstliche Nuntius war wieder bemüht, seine persönliche Verantwortung für den direkten Telegrammwechsel zwischen dem Prinzen Liechtenstein und dem Kardinal Rampolla abzulehnen, suchte aber dann die Antwort des letzteren zu entschuldigen und dahin zu interpretieren, daß in derselben nur das Festhalten an den Lehrsätzen Leo XIII. belobt werde, nicht aber die politische Tätigkeit der „Christlichsozialen“. Deren Programm zu erläutern und zu verteidigen, gab er sich große Mühe, indem er es als „ganz korrekt“ vom kirchlichen Standpunkt bezeichnet. Als ich meine Einwendungen dagegen machte und auf die Täuschung und Bauernfängerei hinwies, welche die Führer dieser gefährlichen Agitationspartei mit diesem Programm ausführten, wollte Msgr. Agliardi immer nur für das Programm die Verantwortung tragen, von dem er mir schließlich anvertraute, daß es vom Prinzen Liechtenstein ihm seinerzeit zur Begutachtung mitgeteilt, nachdem in Rom daran einige Abänderungen vorgenommen wurden, mit der päpstlichen Approbation versehen worden sei. Es erklärt dies jedenfalls das Verhältnis der „Christlichsozialen“ zu Rom, welches jetzt so große Verwirrung anzurichten droht. Schließlich sagte ich dem Herrn Nuntius, daß, nachdem ich sehe, daß der Hl. Stuhl nur einseitig über das Wesen und die Tätigkeit der Christlichsozialen und ihres Organs, „Reichspost“, informiert sei, es sich als dringend notwendig herausstelle, daß dem Hl. Vater auch die Auffassung der staatlichen und staatserhaltenden Elemente bekannt werde, daß zu diesem Zwecke im Einvernehmen mit der k. k. Regierung ein Memorandum abgefaßt werden würde, welches ihm (Msgr. Agliardi) zur Mitteilung an den Hl. Stuhl und zugleich an Eure Exzellenz zu demselben Ende übersandt würde.

In der Anlage erhalten Sie nun dieses Memorandum, welches mir Fürst Windischgrätz vertraulich zur Verfügung gestellt hat, in deutscher und italienischer Sprache mit dem Auftrage, von demselben den Ihnen am geeignetst erscheinenden Gebrauch

zu machen und namentlich auch dafür Sorge zu tragen, daß der Hl. Vater selbst von dessen Inhalt Kenntnis erlange.

Eure Exzellenz sind mit den kirchlichen Verhältnissen in Nieder- und Oberösterreich so genau bekannt, daß ich darauf verzichten kann, irgend mehr auf die Gefahren der christlichsozialen Agitation und auf die Verwirrung hinzuweisen, welche durch eine so eklatante Unterstützung derselben durch den Hl. Stuhl in den besten katholischen Elementen hervorgerufen wird.

Empfangen . . .

III

Memorandum der österreichischen Regierung an den Hl. Stuhl, Februar 1895.
(Haus-, Hof- und Staatsarchiv XI/262, Rome, Expeditions-Varia.)

Memoriale concernente il partito cristiano-sociale, la sua attività ed il suo giornalismo.

Deutsche Fassung: Darstellung betreffend die christlichsoziale Partei, ihre Tätigkeit, ihre Presse.

Im Laufe der politischen Entwicklung hatte sich in Österreich seit den 60iger Jahren eine katholisch-konservative Partei gebildet, welche, in Übereinstimmung mit konservativen Ideen anderer Länder, eine starke Betonung des religiösen Elementes im öffentlichen Leben vertrat, das monarchistische Prinzip voranstellte, und in materiellen Fragen oft an ältere Formen des wirtschaftlichen Lebens anknüpfte, ohne jedoch die Leidenschaften der unteren Volksklassen wachzurufen.

Dabei war sie stets bestrebt, die Autorität der Bischöfe, u. zw. in nicht rein kirchlichen Fragen, zu unterstützen und zu kräftigen.

Der Episkopat ließ keinen wichtigen Anlaß vorübergehen, ohne seinen Standpunkt bezüglich der verschiedenen Fragen des öffentlichen Lebens zu wahren. An der Hand der geänderten innenpolitischen Verhältnisse fanden die Mitglieder des Episkopates in den letzten 15 Jahren in mancher Richtung ein gewisses Entgegenkommen seitens der Regierung und diese hatte sich ihrerseits bei wichtigen Anlässen, wie z. B. bei der Schaffung des Schulgesetzes für Tirol, der erfolgreichen Mitwirkung der Bischöfe des Landes zu erfreuen.

Inzwischen trat mit immer wachsender Bedeutung die große soziale Frage auf den Plan der öffentlichen Diskussion. Die österreichische Gesetzgebung ist nicht untätig geblieben auf diesem Gebiet, allerdings bleibt noch viel zu tun übrig und kann sich die Anbahnung der Lösung der einschlägigen Probleme nicht in einem Zug und nicht nur im Wege der Gesetzgebung vollziehen.

Jene Elemente nun, welche es, anstatt den Führern der konservativen und katholischen Bewegung der 70iger Jahre zu folgen, im Laufe der letzten 10 bis 15 Jahre vorgezogen hatten, grollend und unzufrieden eine Opposition weiter auszuspinnen, die ihren Ursprung in ganz anders gestalteten Verhältnissen gehabt hatte, benützten die Gegensätze auf dem sozialen Gebiet, um auf Grund derselben eine agitatorische Tätigkeit zu entfalten. Die Verschiedenheit in dem Ausmaß der irdischen Güter wurde hervorgekehrt, die Art der Erwerbung des Besitzes kritisiert, der Haß gegen das mobile Kapital gepredigt und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung mit den Argumenten der Sozialdemokratie bekämpft. Dabei berufen sich ihre Wortführer in offenbar absichtlicher Irreführung der öffentlichen Meinung häufig auf die Enzyklika „Rerum novarum“, richten aber ihre wirklichen Kundgebungen direkt gegen die Conclusionen jenes den sozialen Frieden verkündenden päpstlichen Rundschreibens, indem sie in letzter Linie auch das wohlerworbene Eigentum in Frage stellen und dem gehässigen Neid der Besitzlosen preisgeben.

Solche Lehren mußten geeignet sein, die Sympathien der niederen Volksklassen zu gewinnen und auf diesem Weg gelange man in die gefährlichen Bahnen des dem nördlichen Nachbarn abgelauschten Antisemitismus in seiner abstoßendsten Form. Ganz klar und logisch muß es da sein, daß in einer solchen Bewegung der Geist der Unbotmäßigkeit nur allzureiche Nahrung findet. In der Tat fanden die besonneneren Warner kein Gehör, selbst die ein solches Treiben verurteilenden Stimmen der Bischöfe hatten ihr Gewicht verloren. Und noch mehr. Im Klerus selbst wurde der Hebel angesetzt und das Schlagwort vom „armen, niederen Klerus“, der sich plagen

muß und dem „reichen, höheren Klerus“, dem „von der Regierung angestellten und ihr dienstbaren Episkopat“ wurde ausgegeben. Eine Parole, welche nicht allein in den Massen, sondern auch im jungen Klerus und speziell in Niederösterreich ihre Wirkung übt.

Unter dem schön klingenden Titel einer christlichen und sozialen Reform wird in den Vertretungskörpern — Reichstag, Landtag, Gemeinderat — ein Kampf geführt und ein Ton angeschlagen, welcher an Gesittung und Besonnenheit alles zu wünschen übrig läßt. Und wo immer im Reichsrate eine radikale Tendenz gegen die Autorität zutage tritt, fehlt es ihr gewiß nicht an der Bundesgenossenschaft der Christlich-sozialen. Demokraten, extrem-Nationale aller Stämme werden von ihnen unterstützt und die Regierung, welcher weder in christlich-katholischer noch in sozial-politischer Richtung ein Mißgriff vorzuwerfen sein dürfte, muß als Zielscheibe der giftigsten und nicht selten der rohesten Angriffe dienen.

Gleichen Schritt mit der geschilderten Tätigkeit in den Vertretungskörpern, in Vereinen und Versammlungen, hält jene auf dem Gebiet der Presse. Nicht allein gegen die gemäßigt liberalen Journale, sondern im ganz gleichem Maße wird gegen die katholisch-konservative Presse losgezogen. Das „Vaterland“ z. B., welches der österreichische Episkopat vor kurzer Frist in einer autoritativen öffentlichen Kundgebung seinen Diözesanen empfohlen hat, wird in der schärfsten und verletzendsten Weise angefeindet.

So schlägt sich die antisemitische, christlichsoziale Richtung mit derbem Fuße durch das öffentliche Leben, sträubt sich unwirsch gegen die weltliche und die bischöfliche Autorität, und was sie anfaßt, vertritt oder etwa lobt, läuft Gefahr, in den anständigen Kreisen der Bevölkerung diskreditiert zu werden.

Dem hochwürdigsten Bischof von Linz hat eine der führenden Persönlichkeiten dieser Partei im Laufe des verflossenen Herbstes eröffnet, daß das Wirken nunmehr auch auf Oberösterreich ausgedehnt werden solle, worauf der genannte Bischof nicht unterließ, sein Mißfallen hierüber auszusprechen. Die Christlichsozialen aber haben trotzdem in Linz eine Versammlung angesetzt und abgehalten.

Wie peinlich mußte daher die Überraschung aller ruhigen und gemäßigt Denkenden in ganz Österreich sein, als ihr heftigster Gegner der großen Gnade des päpstlichen Segens gerade für die Linzer Expedition teilhaftig wurde, und vollends als das journalische Organ der Christlichsozialen, die „Reichspost“, welchem derselbe Bischof von Linz mit gutem Grunde den Eingang in sein Priesterseminar untersagt hat, gleichfalls mit dem Segen des Hl. Vaters ausgezeichnet wurde. Diese Kundgebungen des Hl. Stuhles wurden als ein Triumph der antisemitischen Partei und als eine Niederlage aller jener angesehen, welche gerade in der letzten Zeit bemüht waren, im Interesse der kirchlichen und staatlichen Ordnung Verwahrung gegen jene Verwilderung des öffentlichen Geistes einzulegen, und die Befürchtung ist leider gerechtfertigt, daß, wenn eine radikale und gefährliche Bewegung, wie die christlichsoziale, in die Lage versetzt werden sollte, die Autorität der römischen Kurie gegen die der Bischöfe auszuspielen, es hierzulande zunächst um beide binnen kurzer Zeit geschehen sein könnte.

Was die Folgen hievon für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung sowie für den religiösen Sinn in der Bevölkerung sein würden, braucht hier wohl nicht weiter ausgeführt zu werden; eine — wenn auch nicht beabsichtigte Förderung des Geistes der Auflehnung könnte für Staat und Kirche die verderblichsten Wirkungen nach sich ziehen, und keine Autorität der Welt wäre imstande, dieselben aufzuhalten. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, der geschilderten Minierungsarbeit radikaler Elemente mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie ist sich aber ebenso darüber klar, daß ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet nicht den vollen Erfolg haben könnte, wenn sie nicht durch ein klares, Mißverständnisse ausschließendes Vorgehen der obersten kirchlichen Autorität unterstützt würde. Dieses Zusammenwirken ist aber umsomehr zu hoffen, als es sich um die Gefährdung der staatlichen und kirchlichen Interessen handelt, die in dieser Richtung völlig ineinandergreifen und daher gleichen Schutz erheischen.
